

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische neueste Nachrichten. 1946-1950 1948

19 (14.2.1948)

Druck u. Verlag: Badendruck GmbH, Karlsruhe, Lammstr. 1b-3. Telefon 4051/53. Ausgaben für Karlsruhe, Rhe.-Land, Pforzheim (Ebersteinstr. 18) und für Bruchsal, Friedrichstr., Kaufh. Schardt.



Einzelverkaufspreis 20 Pfg. Monats- Bezugspreis RM 2,30. Postbezug RM 2,60 zuzügl. Zustellgebühr. Anzeigenpr.: Die Tageszeitung RM 2,--; Ausg. Pforzh. RM 1,--. Amtl. Anz.-Z. Hälfte

WELTWEIT FÜR FREIHEIT

Kompromißvorschlag für Ruhr und Rhein

Politisch und wirtschaftlich zu Deutschland — Kommission der Marshall-Länder

Washington, 13. Febr. (Dena-Reuter) In einem am Donnerstag veröffentlichten Bericht des Sonderausschusses für Auslandsbeziehungen des amerikanischen Repräsentantenhauses heißt es, der französische Plan für eine politische Abtrennung des Ruhrgebietes und des Rheinlandes von Deutschland und die Unterstellung dieser Gebiete unter internationalen Aufsicht sei unannehmbar. Auch der britische Plan, den Vorschlag der deutschen Gewerkschaften auf Verstaatlichung der Ruhrwerke und -fabriken zwecks Verbindung einer zukünftigen militärischen oder wirtschaftlichen Aggression Deutschlands unterstützt, müsse mit „erstem Zweifel“ angesehen werden.

Der in dem Bericht enthaltene Kompromißvorschlag würde Ruhr und Rheinland politisch und wirtschaftlich als einen Teil Deutschlands betrachten, die besondere Hauptberufwerke und Fabriken des Ruhrgebietes besitzen und ausbeuten sollen. An diesen Gesellschaften würden privates deutsches und ausländisches Kapital sowie eine zukünftige deutsche Regierung gemeinsam teilnehmen. Ferner wird vorgeschlagen, daß eine internationale Kommission, die aus den 16 Marshall-Plan-Ländern, aus den Vereinigten Staaten und der zukünftigen deutschen Regierung besteht, die Leitung und die Finanzangelegenheiten überwachen soll. In dieser Kommission sollen die drei Besatzungsmächte ein besonderes Stimmrecht haben. In der Zwischenzeit sollen Ruhr und Rheinland unter bizonale Kontrolle gestellt werden.

Senator Vandenberg, der Vorsitzende des Außenpolitischen Ausschusses des Senats, der sich zur Zeit mit einer Neufassung des Europa-Hilfsprogramms beschäftigt, erklärte am 12. d. Mts., daß die Bedingungen, unter denen die Hilfeleistungen an europäische Länder eingestellt werden könnten, nunmehr von seinem Ausschuss in dem Gesetzentwurf niedergelegt worden seien. Es seien keine Bestimmungen niedergelegt worden, die auf irgendeine Weise in Widerspruch zu der grundsätzlichen Auffassung des europäischen Wiederaufbauprogramms ständen. Die grundsätzliche

Marshall Sokolowski erläutert sowjetische Besatzungspolitik

Berlin, 13. Febr. (Dena) Der sowjetische Oberkommandierende in Deutschland, Marshall Wassili Sokolowski

erklärte den beiden Vorsitzenden der LDP der Sowjetzone, Dr. Wilhelm Külz und Arthur Lieutnant, in einer Unterredung, die am 7. Febr. stattgefunden hatte und deren Verlauf jetzt vom sowjetischen Nachrichtenbüro veröffentlicht wurde, daß die sowjetischen Besatzungsbehörden keine dem Frankfurter Wirtschaftsrat ähnliche „Staatsordnung“ für ihre Zone planten. Die Sowjetunion werde auch weiterhin für die Einheit und für die demokratische Entwicklung Deutschlands eintreten.

In ausführlichen Darlegungen über die sowjetische Politik in Deutschland betonte der Marschall, daß die SMA jede Initiative unterstützen werde, die auf die Wiederherstellung und Entwicklung der Friedenswirtschaft der Sowjetzone gerichtet sei.

Der Reparationsplan würde nicht abgeändert werden, die Besatzungskosten jedoch zurückgehen. Dadurch würde es möglich sein — bei Erfüllung des Wirtschaftsplanes — eine gewisse Verbesserung der Lebenshaltung der Bevölkerung zu erreichen. Alles, was in der Zone über diesen Plan hinaus erzeugt wird, werde ebenfalls für den Bedarf der Bevölkerung sowie für die Entwicklung der Wirtschaft in der sowjetischen Zone verwendet werden.

Zur Entnazifizierung sagte Sokolowski: „Bekanntlich betrachten wir die ehemaligen nicht aktiven Mitglieder der faschistischen Partei als gleichberechtigte Bürger der Gesellschaft, die ihre ehrliche und harte Arbeit zum Wohle ihres Vaterlandes und seiner Umgestaltung nach demokratischen Prinzipien voraussetzt, die Unterstützung der demokratischen Kräfte verdienen.“

Keine Einigung im Kontrollrat - Sokolowski aggressiv

Auch Exekutiv-Sitzung kommt zu keinem Ergebnis über die Währungsreform - Heftige Anschuldigungen - Sokolowski: Proklamation ist Verletzung des Potsdamer Abkommens

Masaryk über Deutschland

Prag, 13. Febr. (Dena) Der tschechoslowakische Außenminister Jan Masaryk

erklärte laut Ceteka am 11. d. Mts. im Ausschuß der tschechoslowakischen Nationalversammlung für auswärtige Angelegenheiten, daß bereits vor Beginn der Londoner Außenminister-Konferenz ein gewisser Skeptizismus über die Möglichkeiten eines „Übereinkommens“ bestanden habe.

Die tschechoslowakische Regierung habe stets die Ansicht vertreten, daß ein geeinigtes Deutschland notwendig sei, und bedauere, daß in London nicht genügend Bereitswilligkeit in dieser Hinsicht gezeigt worden sei.

Der Frankfurter Übereinkommen zur Reform des bizonalen Wirtschaftsraums bedeuere, führte Masaryk laut Reuter aus, eine Gefahr für die Tschechoslowakei, weil den Deutschen dadurch in vieler Hinsicht freie Hand geboten wurde, ohne daß ihnen Verantwortung auferlegt worden sei.

Masaryk erklärte sodann, der Außenhandel mit Deutschland habe noch nicht 10 Prozent des Vorkriegsniveaus erreicht. Aber die Tschechoslowakei sei auch nicht daran interessiert, daß Deutschland wieder den ersten Platz im tschechoslowakischen Außenhandel einnehme.

19. Februar Dreierkonferenz

Diskussion von Fragen „gegenseitigen Interesses in Deutschland“

Washington, 13. Febr. (Dena) Das amerikanische Außenministerium gab laut INS am 11. d. Mts. offiziell bekannt, daß Vertreter der USA, Großbritannien und Frankreichs am 19. Febr. in London zusammenzutreffen werden, um Fragen von „gegenseitigem Interesse in Deutschland“ zu erörtern.

Sie werden die Verhandlungen ergänzen, die über technische Fragen des Handels zwischen der französischen Zone und dem bizonalen Gebiet in Berlin geführt wurden. Die Beteiligung der Benelux-Staaten ist vorgesehen, wenn nicht der Dreierkonferenz am 19. Febr. beginnenden Dreierkonferenz über Deutschland wird als erster Punkt auf der Tagesordnung stehen.

Bei den Londoner Dreier-Besprechungen wurden, wie aus London gemeldet wurde, die Vereinigten Staaten und Frankreich durch ihre Botschafter vertreten sein. Die Vereinigten Staaten und Großbritannien haben Frankreich eine sieben Punkte enthaltende Tagesordnung für die Dreierkonferenz über Deutschland vorgeschlagen.

Die britisch-französisch-amerikanische Konferenz über Westdeutschland, die hier am 19. Februar beginnt, wird sich mit der Notwendigkeit einer Neuordnung des Geldwesens in den drei Besatzungszonen befassen müssen, wenn nicht der Lauf der Ereignisse beim Kontrollrat in Berlin sich bis dahin beträchtlich beschleunigt hat, schreibt Reuters diplomatischer Korrespondent in einem Kommentar.

Sowjetisches Memorandum über Abrüstung und Vernichtung deutschen Kriegspotentials

Berlin, 13. Febr. (Dena) Heftige Anschuldigungen und gegenseitige Vorwürfe

denkmalen die Mittwoch-Sitzung des Alliierten Kontrollrates, in deren mehrstündigem Verlauf die Militärkommissare über keinen Punkt der Tagesordnung eine Einigung erzielen konnten. Auch kam über die Währungsreform in der anschließenden internen Exekutiv-Sitzung keine Einigung zustande. Die Behandlung dieser Frage soll auf der nächsten Sitzung fortgesetzt werden.

Zur Proklamation der Neuordnung der Wirtschaftsverwaltung der Bizone verlor der sowjetische Oberkommandierende, Marshall Sokolowski, eine Erklärung, die den britischen und amerikanischen Stellen vorwarf, Deutschland teilen zu wollen und vor den schweren Konsequenzen eines solchen Schrittes warnte. Außerdem vertrat Sokolowski die Ansicht, die Proklamation bedeute eine Verletzung des Potsdamer Abkommens.

Zu Beginn der Sitzung legte Sokolowski ein Memorandum über Abrüstung und Vernichtung des Potentials der deutschen Kriegsindustrie vor. Das Schriftstück beschuldigt in seinem Vorwort die Kontrollbehörden der westlichen Zonen, die Viermächte-Entscheidungen über eine Abrüstung zu sabotieren. General Clay stimmte dem Vorschlag des britischen Militärregierers zu, das Memorandum zu behandeln, wenn sein aggressiver Ton entschärft würde. Sokolowski machte dann darauf aufmerksam, die amerikanische und britische Militärregierung müßten die Verantwortung für die Aufgabe der Kontrolle der Entmilitarisierung auf Viermächtebasis übernehmen.

Bei der Erörterung der Verstärkung deutscher Kriegsanlagen versagten die amerikanischen und britischen Vertreter einem französischen Vorschlag ihre Zustimmung, nach dem Deutschland die Tätigkeit gewisser Industrien einschränken sollte. Sie begründeten ihre Haltung mit dem Hinweis, die Höhe der zukünftigen Industrieproduktion Deutschlands sei noch nicht endgültig festgelegt. General Clay schlug als Kompromißlösung vor, das Wirtschaftsministerium solle die Beschränkung des deutschen Industriepotentials zunächst die Anforderungen anderer europäischer Länder überprüfen. Diesem Vorschlag stimmte General Robertson voll, der französische General Koenig unter der Bedingung zu, daß gewisse Sicherheiten für Frankreich berücksichtigt würden.

Sokolowski verwarf diesen Vorschlag mit dem Bemerkern, er könne nicht einsehen, daß die Alliierte Kontrollrat für Deutschland mit den Anforderungen anderer Länder zu tun habe. Er warf General Koenig, der den Vorsitz der Sitzung führte, vor, Clay und Robertson durch seine Haltung geholfen zu haben, diesen Punkt von der Tagesordnung absetzen zu können.

Auch über die Frage der Belastung der Kosten für die Aufrechterhaltung der Verbindungsleitungen zwischen den Besatzungstruppen und ihren Heimatländern wurde im Kontrollrat keine Einigung erzielt, nachdem Sokolowski die Auffassung vertrat, einerseits hänge die Höhe der Kosten von der Besatzungsstärke ab, andererseits aber lägen keine übereinstimmenden Informationen über die Stärke der Besatzungstruppen vor. Die Beilegung dieses Problems würde daher auf einen späteren Zeitpunkt verlagert.

Als sich der sowjet. Vertreter auf den Standpunkt stellte, der Volkskongreß sei eine „überparteiliche Organisation“, habe die Mehrheit des Volkes hinter sich habe und gegen die in der britischen und französischen Zone unterdrückende Polizeimaßnahmen angewandt würden, bezeichnete General Robertson den Volkskongreß als einen „politischen Trick einer einzigen Partei“, der nicht von der Mehrheit der Bevölkerung vertreten werde. Außerdem gehe es den Deutschen, die den Volkskongreß in der britischen Zone unterstützen, sicher besser als jenen Deutschen, die ihn in der sowjetischen Zone öffentlich ablehnten.

Deutsche Gewerkschaftler fordern Sofortmaßnahmen

London, 13. Febr. (Dena-Dpd) Die deutschen Gewerkschaftsfunktionäre Adolf Kummernuß, Jahn und Malina

überreichten dem britischen Außenminister für Deutschland und Österreich, Lord Pakenham, ein Memorandum, in dem sie Vorschläge zur Verhütung eines wirtschaftlichen Zusammenbruchs der Zone unterbreiteten. Sie fordern schnellstmögliche Durchführung der Währungsreform, größere Vollmachten für den Wirtschaftsrat und genaue Abgrenzung der Befugnisse der Militärregierung, vor allem Einschränkung des Vetorechts der Besatzungsmächte, ferner eine entscheidende Teilnahme der Gewerkschaften an der deutschen Wirtschaftspolitik und die Einbeziehung Westdeutschlands in den westeuropäischen Handel.

Weiter erklärte der Generalsekretär des Weltgewerkschaftsbundes, Louis Sallant, im Anschluß an die Dresdner Interzonenkonferenz, der Beschluß über die Bildung des Zentralrates der deutschen Gewerkschaften trage nicht nur nationalen, sondern weltpolitischen Charakter. Dieser Beschluß, der freiwillig und freigelegt worden sei, werde von allen Mitgliedern des Weltgewerkschaftsbundes freudig begrüßt werden.

Ferner hat der Weltgewerkschaftsbund beschlossen, zu seiner nächsten Sitzung deutsche Gewerkschaftsvertreter aus allen Zonen einzuladen.

UdSSR veröffentlicht weitere Dokumente

„Westmächtigen haben Hitler zu Aggressionsplänen ermutigt“ — Noch kein US-Kommentar — England kündigt Gegenecklerungen an

Moskau, 13. Febr. (Dena) Die sowjetische Regierung veröffentlichte laut Reuter am 11. Februar den zweiten Teil ihrer auf fünf Bänden zu erbeiteten deutschen Dokumenten und bringt eine Unterredung zwischen Hitler und dem ehemaligen britischen Botschafter in Deutschland, Sir Neville Henderson, an der auch der ehemalige Reichsaußenminister Joachim von Ribbentrop teilnahm.

Der Botschafter, der „im Auftrage der britischen Regierung“ gesprochen habe, soll am 3. März 1938 erklärt haben: „Es geht hier nicht um eine Handelsvereinbarung, sondern um den Versuch, ein Schicksal für eine echte und herzliche Freundschaft mit Deutschland zu errichten.“

In der sowjetischen Erklärung heißt es weiter, sei bereits 1937 vollständig klar gewesen, daß Hitler einen großen Krieg aufzuführen beabsichtige, um die westlichen Einverständnis Großbritanniens und Frankreichs“). Die von den sowjetischen Truppen erbeuteten Dokumente des deutschen Außenministeriums hätten gezeigt, daß die anglo-französische Politik ausgegangen sei, nicht die Truppen der friedliebenden Staaten für einen gemeinsamen Kampf gegen eine Aggression in den Waffen zu rufen, sondern die

Einladung zu Clay und Robertson

Frankfurt, 13. Febr. (Dena) Der Präsident des Wirtschaftsrates Dr. Erich Köhler

und Vizepräsident Gustav Dahrendorf und der Vorsitzende des Exekutivrates Dr. Gebhard Seelos wurden vom Zweimächtekontrollrat für Samstag zu einer Besprechung mit den Generalen Clay und Robertson eingeladen. In der Besprechung soll der Brief behandelt werden, den die beiden Generale anlässlich der Übergabe der Proklamation Nr. 7 an Dr. Köhler gerichtet hatten.

Der württembergische Ministerpräsident Dr. Reinhold Maier erklärte am 12. d. Mts. in Stuttgart, sein Kabinett werde sich am Montag erneut mit der Frage beschäftigen, wer Württemberg-Baden im Länderrat in Frankfurt vertreten soll. Die Mitwirkung des Kabinetts habe noch keine Entscheidung gebracht, da ein Bescheid General Clays abgewartet werde, ob sich die Ministerpräsidenten in weniger wichtigen Sitzungen vertreten lassen können.

„Das Ziel wird erreicht werden“

Berlin, 13. Febr. (Dena) Die Amerikaner

wünschen die Annahme des europäischen Wiederaufbauprogramms als Bestandteil der Politik ihrer Regierung, was sie als Volk für den Frieden erwachsen sieht, erklärte der Leiter der Rechtsabteilung der amerikanischen Militärregierung für Deutschland, Dr. E. W. Bard am 12. d. Mts. im Rundfunk des amerikanischen Sektors von Berlin.

Dr. Bard, der über das Thema „Der amerikanische Kongreß und das europäische Wiederaufbauprogramm“ sprach, betonte, die Deutschen müßten begreifen, daß sich die US-Politik nach den bestehenden Gesetzen richten müsse und ein Gesetz, das die zu einer bestimmten Handlungsweise verpflichte, nicht ohne vorherige Diskussion angenommen werden könne. In Europa aber suchten jene unzulässig sprudeln Propagandafunktionen, die der Zunichtmachung des Programmes gewidmet sind, Verwirrung durch Verbreiten, indem sie kritische Bemerkungen über das europäische Wiederaufbauprogramm hervorhoben.

Bard sagte weiter, wenn er auch den endgültigen Inhalt des zum Gesetz werdenden Planes noch nicht kenne, so könne er doch sagen, daß er ihm getreue Ziele erreichen werde. Wenn die Staaten Westeuropas, Deutschland einbezogen, ihre Maximalanstrengung zu dem Aufbau einer blühenden und friedlichen europäischen Wirtschaft beitragen, dann wird der Zeitpunkt in Sicht sein, an dem die Deutschen zur Lösung der hungrieren Völker Westeuropas Mangel und Unsicherheit nicht mehr fühlen werden. Dieses Ziel solle bis 1952 verwirklicht werden.

Schweden gegen Blockbildung

Stockholm, 13. Febr. (Dena-INS) Der schwedische Außenminister Uden

betonte am 11. d. Mts. erneut, Schweden beabsichtige, sich von jeglichem politischen Block der Großmächte fernzuhalten, der es offen oder indirekt zu militärischen Aktionen verpflichten könnte.

Die „schwedische Regierung“, sagte Uden, „hat bekanntgegeben, daß sie bereitwillig am Marshallplan mitarbeiten will und daß sie überhaupt — vom schwedischen wie vom internationalen Standpunkt aus gesehen — den amerikanischen und britischen Aktionen verpflichtet ist.“

Der norwegische Außenminister Halvard Lange erklärte in Oslo am 12. d. Mts. zu dem Bevinplan für eine westeuropäische Union, die Hoffnung auf einen Weltfrieden liege darin begründet, daß Staaten mit sehr verschiedenen Lebenssystemen innerhalb einer gemeinsamen Organisation friedlich zusammenarbeiten. „Wir gehören vor allem zu Westeuropa, jedoch hindert uns dies nicht daran, gute Beziehungen und gemeinsame Wirtschaftsinteressen mit Ländern in Osteuropa und anderen Kontinenten zu unterhalten.“

Im Telegrammstil

Washington. Die USA wollen die Vorkriegsabkommen mit Italien wieder in Kraft setzen. — Außenminister Marshall bestätigte die Unterstützung der Teilung Pakistans durch die USA. — Mit einer Helme weiterer Preisstärze setzte sich die Abwärtsbewegung an den amerikanischen Waren- und Baumwollbörsen fort und griff auch auf die Verluste erlitten. — Präsident Truman erklärte am 12. d. Mts., daß trotz des Preisanstieges auf den amerikanischen Warenmärkten noch immer die Sowjetunion die beste Wahl sei. — Die Debatte über den Kauchinkstreitfall vorläufig durch den Preiskontrollrat ermächtigt werden. (Dena-Reuter-INS)

New York. Der Wirtschafts- und Sozialrat der UN unternahm am 11. d. Mts. mit der Ernennung eines Sonder- und ad hoc-Ausschusses den ersten Schritt zur Bildung einer Wirtschaftskommission für den Mittleren Osten. — Die Kleine Vollversammlung der UN wird die Korea-Frage erörtern. — Der Weltsechheitsrat beschloß, die Debatte über den Kauchinkstreitfall vorläufig zu vertagen, um der indischen Delegation Gelegenheit zu geben, nach New Delhi zum Einholen neuer Informationen zu fliegen. (Dena-Reuter-INS)

Boston. Der Gouverneur des Staates New York und Anwärter für die republikanische Präsidentschaftskandidatur, Thomas E. Dewey, erklärte am 12. d. Mts., die 16 am Marshall-Plan beteiligten westeuropäischen Staaten sollten ein Militärbündnis schließen. (Dena)

Paris. Großbritannien und Frankreich verhandeln über einen europäisch-afrikanischen Wirtschaftsblock, der einen ausgleichenden Faktor zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion darstellen würde. (Dena-Reuter)

Den Haag. Ein Handelsvertrag zwischen Großbritannien — Holland wurde am 11. d. Mts. abgeschlossen. (Dena-Reuter)

Stuttgart. Der Entnazifizierungsausschuß des Länderrates hat die amerikanische Militärregierung um eine Aufstellung der Vermögenswerte ehem. Nationalsozialisten gebeten, die entweder im internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg oder anderen Militärgerichten verurteilt wurden oder Schlichtung begehren. (Dena)

Wlshofen. „Man muß den Amerikanern auf den Knieen danken, daß sie hier-

belien, sonst kommen andere, die wir nicht so sehr sehen“, erklärte der ehemalige bayerische Ernährungsminister Dr. Josef Baumgartner am 11. Februar während der ersten Massenversammlung der Bayernpartei in Niederbayern. (Dena)

Baden-Baden. Die in Heidelberg erscheinende „Rhein-Neckar-Zeitung“ ist einer Söldnermeldung zufolge von der französischen Militärregierung für die Dauer von drei Monaten der gesamten Bevölkerung der Zone verboten worden. (Dena)

Frankfurt. Am 15. Februar findet in Frankfurt eine Konferenz zwischen Vertretern der amerikanischen Militärregierung für Deutschland und der Gewerkschaften in der US-Zone statt auf der lohnpolitische Fragen behandelt werden sollen. (Dena)

Hannover. Der niederländische Landtag nahm am 12. Februar in zweiter Lesung gegen die Stimmen der SPD und KPD die Regierungsvorlage zum Bodenreformgesetz an, die die Entgeltengrenze auf 150 ha und 200 000 M einheitswert festsetzt. (Dena)

Berlin. Wegen der wiederholten Verletzung der sowjetischen Behörden, die von den britischen Dienststellen Hannover-Berlin mitgeführten plombierten Wagen mit deutschen Reisenden in Marlenborn passieren zu lassen, hat die britische Militärregierung für Deutschland entschieden, daß solange keine Wagen für Deutsche an britischen Militärstützen angehängt werden sollen, bis eine Klärung dieser Angelegenheit durch die sowjetische Militäradministration herbeigeführt worden ist. — Die CDU-Minister der Sowjetzone sind am 12. d. Mts. in Berlin zu einer Besprechung zusammengetroffen. — Die Vorsitzenden der Landesverbände der CDU in der sowjetischen Besatzungszone beschlossen in ihrer am 11. und 12. d. Mts. abgehaltenen Sitzung die Bildung der Sowjetzonen-CDU an dem für den 17. und 18. März vorgesehenen zweiten Berliner „Volkskongreß“. (Dena)

Kiel. Ministerpräsident Hermann Lohde (SPD) und Wirtschafts- und Landwirtschaftsminister Bruno Dieckmann (SPD) wurden nach einstimmigem Beschluß des Kabinetts als ständige Vertreter Schleswig-Holsteins im Länderrat der Zweizonen-Wirtschaftsverwaltung in Frankfurt gewählt. (Dena)

Die Bildung des Länderrates

Frankfurt a.M., 13. Febr. (Eig.-Ber.-sch)

Die Frage der Bildung des neuen Länderrates steht augenblicklich im Mittelpunkt der verschiedenen Ausschussberatungen in Frankfurt. Die Nominierung durch die Länder wird bis zum 18. Febr. erwartet. Zur Zeit verhandelt man über die Möglichkeit der Ernennung von ständigen Vertretern, die ihren Sitz in Frankfurt nehmen sollen, während die Ministerpräsidenten sich durch ihren jeweiligen Fachminister vertreten lassen wollen. Der Wirtschaftsrat ist zum 24. Februar zu einer Plenarsitzung zusammengerufen worden, bei der die neuen Mitglieder ernannt werden sollen. Die Nominierung der Ausschüsse gewählt werden sollen. In dieser Sitzung wird auch die Neuwahl des Präsidenten vorzunehmen sein.

„USA vor größter Entscheidung“

Des Moines, 13. Febr. (Dena-Reuter)

Der amerikanische Außenminister George C. Marshall erklärte hier am Freitagabend, das amerikanische Volk sehe sich der größten Entscheidung in seiner Geschichte gegenüber. Marshall rief erneut zur Billigung des Wiederaufbauprogramms für Europa auf und erklärte warnend, es werde „keine Gelegenheit für einen zweiten Versuch kommen, um die Weiterexistenz einer Welt zu sichern, in der die Demokratie, die individuelle Freiheit, wirtschaftliche Stabilität und Frieden erhalten werden kann.“

Marshall bezeichnete den Vorschlag des britischen Außenministers Ernest Bevin für eine westeuropäische Union als die große Hoffnung Amerikas.

Hinzuziehung deutscher Politiker

Frankfurt, 13. Febr. (Dena) Die all-

monatlich stattfindenden Besprechungen der anglo-amerik. Militärregierere für Deutschland mit den beiden Vorsitzenden des Zwei-Mächte-Kontrollrates sollen in Zukunft auch an die führenden deutschen Persönlichkeiten ausgedehnt werden.

An den Beratungen am Samstag werden der Präsident des Wirtschaftsrates, Dr. Erich Köhler, der Vizepräsident des Wirtschaftsrates, Gustav Dahrendorf, der Vorsitzende des Exekutivrates, Staatsrat Dr. Gebhard Seelos, und der Vertreter Bremens im Exekutivrat, Oswald Mitten-dorf teilnehmen.

Bulgarien im Schlepptau Moskaus

Sofia, 13. Febr. (AP-Korrespondent Wes

Gallagher) Die sowjetische Beherrschung Bulgariens ist so vollständig, wie der Einfluß eines Vaters auf seinen Sohn, und es kann keinen Zweifel darüber geben, daß die Bindung dieses Landes an die Sowjetunion enger ist als die irgend-eines anderen europäischen Staates. Kennzeichnend hierfür ist der erfolgreiche Versuch, die Hauptstadt in ein „kleines Moskau“ zu verwandeln.

Der Einfluß der Vereinigten Staaten und Großbritanniens ist dem gegenüber gering. Die kommunistische Regierung nimmt kaum Kenntnis von den englisch-amerikanischen diplomatischen Protesten. Die politische Opposition, bei der die anglo-amerikanischen Kräfte einiges Ansehen genossen, ist vernichtet worden.

Kurz beleuchtet

Der Kontrollrat hat keine Einigung erzielt, wie schon so manche Konferenz, im

Gegenteil, die Diskussion, die sich vorzugsweise um die deutsche Währungsreform und Vernichtung deutschen Kriegspotentials drehte, artete in heftige Anschuldigungen der einzelnen Besatzungsmächte untereinander aus, wobei besonders Marshall Sokolowski aggressive Äußerungen tat. Großbritannien und USA vertrieben das Potsdamer Abkommen. Großbritannien und USA wollten Deutschland aufteilen. Die Sowjets unterdessen beschlagnahmten eine Broschüre mit der Rede des ehemaligen US-Außenministers Bryan um inspierte britische Dienstzige mit plombierten deutschen Wagen. Die Amerikaner einerseits veröffentlichten erbeutete deutsche Geheimdokumente über die deutsch-russischen Beziehungen 1939 bis 1941. Die Sowjets andererseits veröffentlichten erbeutete deutsche Geheimdokumente über Beziehungen Deutschlands zum Westen. Das mutet die, um deren Wohl und Wehe eigentlich auf den ständig sich wiederholenden Konferenzen entschieden werden soll, eher als Propaganda zwischen Ost und West an, als um Verhandlungen des „Friedens“, bei dem es um ein gemeinsames interessierendes Objekt geht, das zum Wohle aller Nationen wieder auf gesunde Basis gestellt werden sollte. Es hat leider den Anschein, als ginge es in der Diskussion über uns nicht mehr um uns, und das ist das größte Übel, das Deutschland widerfahren kann. G.W.

BADISCHE NEUESTE NACHRICHTEN

Die ZerreiBprobe

Tiefer Friede ruht über Europa, Amerika, Asien, Afrika und Australien; Valuten rasend bergabwärts; Politiker werden ermordet, Bevölkerungen sterben Hungers, die halbe Welt ruft nach Waffen und die halbe Welt kann ihren Warenüberschuß nicht loswerden...

Zeit das Ausführungsgesetz im Kabinett

Die Ausführungsgesetze im Kabinett zur Behandlung gestellt wurde: Wir haben als Zeitung keinen Einfluß auf den Tag der Einbringung einer Gesetzesvorlage im Kabinett, wohl aber die Pflicht in der Öffentlichkeit dazu Stellung zu nehmen...

Das freie Wort

Frau E. Prinz, Krühe, Scheffelstr. 14 schreibt uns: Die Ausführungen des Herrn Kurt Seitz in der Zeitung vom 31. 1. 1948 sind nicht richtig. Ich lege aber keinen Protest ein, daß man den Wiederaufbau von Kirchen in eine Reihe stellt mit Kinos und Kaffeehaus, das nenne ich Gotteslästerung...

Sie mitre fassen

Gewissensfrage... der Normalverbraucher - Gaststättenbesitzer als die Gastwirte: "Wer gibt Ihnen das Recht, trotz katastrophaler Fettlage und Reduzierung der Ration auf die Hälfte, für jedes Gericht außer drei Fettmarken evtl. noch Nudeln, die nicht täglich mangels Marken gegessen werden können, Fett zu verlangen?"

Die Memoiren Stanislaw Mikolajczyks

überlein, weiterzuarbeiten, Angesichts dessen entschloß ich mich, Roosevelt doch einen Brief abzustatten, und ich reiste nach Washington. Am 8. Juni 1944 traf ich in Washington ein, wo ich am ersten Tage eine Unterredung mit Staatssekretär Stettinius hatte...

Die heutige Cyrenaica

Weltkrieges hat, Die Nomaden in den Sandwüsten des Hinterlandes sind befreit, die Auslandsangehörigen des Hinterlandes des Großosoni, Emir Sayed Muhammad Idris Senoussi, zu überlassen. Städtler und Nomaden stimmen in ihrer Treue zu dem schmächtigen, berillten, schwarzbärtigen Emir überein, der seine Stellung der geistigen und weltlichen Führung der zähen asketischen Senoussi-Fürstentümer und der wertvollen Unterstützung verdankt...

Baden-Württemberg

In der Stuttgarter Volksvertretung hat die Gesetzesvorlage über die Neuordnung des Verhältnisses Baden-Württemberg, also das Ausführungsgesetz zu Art. 44 der Weimarer Verfassung eine lebhaft Debatte ausgelöst. Der Karlsruher Abgeordnete Dr. Keffler als Exponent einer der beiden sich entgegenstehenden Auffassungen, hat unserer Zeitung eine schlechte Betragennotiz erteilt...

Politische Bücher: Rätsel um Deutschland 1933-1945

Deutschland ist zum Rätsel für die Welt geworden. Und wir können es ihr selbst nicht erklären. Auch der bekannte Historiker Bernhard Schwertfeger hat sich an die schwere Aufgabe und schenkte uns ein 360 Seiten starkes Werk "Rätsel um Deutschland 1933-1945".

Die Durchführung des "Speisekammergesetzes"

Stuttgart, 13. Febr. (Dena.) Alle landwirtschaftlichen Betriebe, Unternehmen der Ernährungswirtschaft, Gemeinschafts- und Haushaltungen in Württemberg-Baden müssen in Durchführung des "Speisekammer-Gesetzes" ihre Lebensmittelbestände nach dem Stand vom 20. Februar in einem Einverleibungsprotokoll feststellen...

Fünf Millionen Paar Lederschuhe

Frankfurt, 13. Febr. (Dena.) Annähernd fünf Millionen Personen in der Bizone werden in Kürze je ein Paar Lederschuhe erhalten, teilte am 13. d. Ms. der Direktor der JEIA, William J. Logan, mit.

IRO sucht Vermisste

P.C.I.R.O. Suchdienststelle, Aroslen bei Kassel, sucht: Szczepanski Boleslaw, Poles, geb. 19. 4. 1905, aus KZ Dora; Szczepanski Wladyslaw, Poles, geb. 28. 8. 1911, aus Mauthausen; Szczepanski Wladyslaw Stanislaw, Poles, geb. 12. 2. 1923; Szczepocki Roko, Poles, geb. 1897, aus KZ Auschwitz; Sozerbinski Jan Pyszard, geb. 1. 8. 1909, aus Bratenburg; Szczepanski Helena, Poles, geb. 1923, aus Landshut; Szczepanska Waleria, Poles, geb. 1911; Szczepanski Eugeniusz, Poles, geb. 11. 11. 1898, aus Empel; Rzecki Stanislaw Juraj, Techniker, geb. 18. 11. 1914; Szelet Jan, Poles, geb. 20. 6. 1927, aus Stettin.

Genug und übergenug!

In dieser grundsätzlichen Frage einen gegensätzlichen Standpunkt zu haben, ist das gute politische Recht des einen wie des anderen und hat mit Parteilichkeit auch dann nichts zu tun, wenn eine öffentliche Diskussion über dieses Problem ausgerechnet in Wahlzeiten geführt werden mußte, weil eben gerade in dieser

Der Groß-Mufti bei einer Inspektion der Cyrenaica-Verteidigungsgruppe



Der Groß-Mufti bei einer Inspektion der Cyrenaica-Verteidigungsgruppe (Heut-Bild)

Stanislaw Mikolajczyk bei seiner Rückkehr nach Polen



Stanislaw Mikolajczyk bei seiner Rückkehr nach Polen (Dena-Bild)

